

A n t w o r t

des Ministeriums der Finanzen

auf die Kleine Anfrage des Abgeordneten Martin Brandl (CDU)
– Drucksache 18/531 –

Planungsfortschritte am Amtsgericht Germersheim

Die **Kleine Anfrage – Drucksache 18/531** – vom 7. Juli 2021 hat folgenden Wortlaut:

In Drucksache 16/5722 vom 16. Oktober 2015 schreibt die Landesregierung zu notwendigen Umbaumaßnahmen am Amtsgericht Germersheim, es sei vorgesehen, eine Haushaltsunterlage Bau zu erstellen. In Drucksache 17/6751 vom 11. Juli 2018 schreibt sie, der Planungsauftrag für eine Haushaltsunterlage-Bau sei erteilt. In Drucksache 17/12193 vom 25. Juni 2020 schreibt sie, nach Abschluss der Gesamtwirtschaftlichkeitsbetrachtung würden die weiteren Planungsschritte eingeleitet. In Drucksache 17/13524 vom 3. November 2020 schreibt die Landesregierung, die Sanierungsvariante im Vergleich zu einem möglichen Neubau sei baufachlich bewertet und „die Entscheidung wird demnächst getroffen und der Planungsauftrag wird in diesem Jahr erteilt. Auf Grundlage des Planungsauftrags erfolgen die weiteren Schritte zur Planung und Umsetzung der Maßnahme umgehend“.

Vor diesem Hintergrund frage ich die Landesregierung:

1. Zu welchem Ergebnis ist die Abwägung zwischen Sanierung und Neubau gekommen?
2. Wann ist der Planungsauftrag erteilt worden?
3. An wen ist der Planungsauftrag erteilt worden?
4. Wann sollen die Planungen abgeschlossen sein?
5. Welche Schritte sind seit Beginn der Überlegungen zu Sanierung bzw. Neubau des Amtsgerichts Germersheim in den zurückliegenden Jahren bereits erfolgt (bitte mit Angabe des jeweiligen Jahres)?
6. Wie ist der Sachstand bei Sanierung bzw. Neubau des Amtsgerichts Germersheim aktuell?
7. Welche nächsten Schritte sind geplant?

Das **Ministerium der Finanzen** hat die Kleine Anfrage namens der Landesregierung mit Schreiben vom 26. Juli 2021 wie folgt beantwortet:

Zu Frage 1:

Im Rahmen der Gesamtwirtschaftlichkeitsbetrachtung wurde sich für die Erweiterungs- und Sanierungsvariante entschieden.

Zu Frage 2:

Der Planungsauftrag zur Erstellung der Haushaltsunterlage-Bau (HU-Bau) wurde am 16. Dezember 2020 erteilt.

Zu Frage 3:

Der Planungsauftrag zur Erstellung der HU-Bau ist an den Landesbetrieb LBB erteilt worden.

Zu Frage 4:

Die HU-Bau soll Anfang des Jahres 2024 zur Einbringung in die Haushaltsberatungen für den Doppelhaushalt 2025/2026 fertiggestellt sein.

Zu Frage 5:

Schritte seit 2015 zu Sanierung bzw. Neubau des Amtsgerichts Germersheim:

- | | |
|------|--|
| 2018 | – Planungsauftrag des FM an den Landesbetrieb LBB für eine Sanierungs- und Umbaumaßnahme |
| 2019 | – Vorlage Maßnahmenkatalog für die Sanierungs- und Umbaumaßnahme durch die NL Landau und Untersuchung zur Unterbringung des Amtsgerichts auf dem Grundstück Friedrich-Ebert-Str. |

- 2020 – Wirtschaftlichkeitsuntersuchung bzgl. der Sanierungs- und Umbaumaßnahme gegenüber einem Neubau, anschließend Auftrag zur Erstellung einer HU-Bau für die Sanierungs- und Erweiterungsvariante
- Angebot der Stadt Germersheim, die ehemalige MG-Kaserne für eine dauerhafte Unterbringung des Amtsgerichts zur Verfügung zu stellen
- 2021 – Das FM beauftragt den Landesbetrieb LBB am 15. April 2021 damit, die ehemalige MG-Kaserne für eine interimswise Nutzung während der Sanierung des Bestandsgebäudes sowie zur dauerhaften Unterbringung des Amtsgerichts zu untersuchen.

Zu Frage 6:

Am 5. Juli 2021 fand eine Besichtigung der MG-Kaserne durch die Zentrale des Landesbetriebs LBB, die NL Landau des Landesbetriebs LBB und den Bürgermeister der Stadt Germersheim statt. Die Variantenuntersuchung wird aktuell erstellt (s. zu Frage 2).

Zu Frage 7:

Die neue Variantenuntersuchung, die den möglichen Standort der ehemaligen MG-Kaserne in Germersheim enthält, soll zeitnah aufzeigen, ob eine Sanierung und ein Umbau der ehemaligen MG-Kaserne zum Gerichtsgebäude ökonomisch und ökologisch sinnvoll sein kann.

Der zeitlich vorgesehene Rahmen für die Erstellung der HU-Bau (s. zu Frage 4) soll, unabhängig von der zum Zuge kommenden Variante, eingehalten werden.

Doris Ahnen
Staatsministerin